

## Emissionen: Der Händel um den Handel

*Erst nach harten Verhandlungen wurde ein Klimakompromiss möglich. Der Grund: Viele der rund 2.600 Unternehmen, die am Emissionshandel teilnehmen sollen, befürchten bei zu starken Reduktionsvorgaben Kostensteigerungen, dadurch einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und – ein wichtiges Argument in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit – den Verlust von Arbeitsplätzen. Im Brennpunkt des Streits: der Nationale Allokationsplan, der festlegt, wie viele der handelbaren Emissionsrechte den einzelnen Unternehmen kostenlos zugeteilt werden.*



Im Kioto-Protokoll entschlossen sich die Industrieländer 1997 zu verbindlichen Minderungspflichten bei Emissionen zum Schutz des Klimas. Das Minderungsziel der Europäischen Union von acht Prozent wurde EU-intern in einer Lastenteilungsvereinbarung zwischen den Mitgliedsstaaten umverteilt. Um die vereinbarten einzelstaatlichen Reduktionsziele beim wichtigsten Treibhausgas, Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), zu erreichen, soll ab 2005 ein europaweites Emissionshandelssystem eingeführt werden. Ab diesem Zeitpunkt dürfen die Unternehmen nur noch das an CO<sub>2</sub> emittieren, was durch die Emissionszertifikate, über die

sie verfügen, abgedeckt ist. Wer mehr emittiert, muss entsprechend Zertifikate zukaufen, wer weniger CO<sub>2</sub> ausstößt, kann nicht benötigte Emissionsrechte verkaufen.

Als Voraussetzung für den Emissionshandel müssen die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten sogenannte Nationale Allokationspläne erstellen. Diese enthalten sowohl die Aufteilung der national zur Verfügung stehenden Emissionsbudgets auf die einzelnen am Emissionshandel beteiligten (Industrie, Energiewirtschaft) und nicht beteiligten (Handel, Verkehr, Haushalte) Sektoren der Wirtschaft, als auch die Kriterien für die Zu-

teilung der größtenteils kostenlos vergebenen Zertifikate an die Unternehmen.

In Deutschland wurde der Vorschlag des Umweltministeriums unter Jürgen Trittin, Zertifikate für 488 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> an die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen auszugeben, von der Industrie mit der Forderung nach „bedarfsgerechter“ Zuteilung gekontert – sprich: einer Allokation in Höhe der für die bisherige Produktion benötigten Emissionen. In der hieraus resultierenden Debatte ist es allerdings wichtig, Kritik am Klimaschutzziel nicht mit der Kritik am umweltpolitischen Instrument Emissionshandel zu vermischen.

Bei gegebenem Gesamtemissionsziel für die deutsche Volkswirtschaft müsste eine vermehrte Zuteilung von Zertifikaten an die am Emissionshandel teilnehmenden Sektoren durch verstärkte Emissionsminderungen im Rest der Volkswirtschaft kompensiert werden. Höhere Kosten dort wären die Folge. Gleichzeitig käme der immer wieder genannte Vorteil eines Emissionshandelssystems, dass Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion dort erfolgen, wo sie am kostengünstigsten zu

### IN DIESER AUSGABE

Emissionen: Der Händel um den Handel ...	1
Starker Euro schwächt Gewinne deutscher Unternehmen .....	2
Datenbedarf beeinträchtigt Evaluation der Arbeitsmarktpolitik .....	3
Wirtschaftspolitik aus erster Hand: Zeit der Reformen in Deutschland .....	4
ZEW-Expertenseminare .....	5
ZEW intern; Neuerscheinungen .....	6
Daten und Fakten .....	7
Standpunkt .....	8

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

realisieren sind, nicht richtig zum Tragen. Wenn einzelne Sektoren wie zum Beispiel die privaten Haushalte zu stark belastet werden, müssen diese relativ teure Vermeidungsoptionen ausschöpfen, wohingegen in anderen Sektoren günstigere Vermeidungsmöglichkeiten ungenutzt „verschenkt“ werden. Klimaschutz würde auf diese Weise gesamtwirtschaftlich teurer als er sein müsste. Der Kanzler-Kompromiss von 503 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> weist in diese Richtung.

Für die Kostenbelastung des einzelnen Unternehmens ist neben der Aufteilung des nationalen Emissionsbudgets aber auch die genaue Allokationsregel von Bedeutung. In Deutschland soll die Zuteilung der Emissionsrechte an die von der Richtlinie erfassten Anlagen beziehungsweise Sektoren im Wesentlichen auf Basis historischer Emissionen erfolgen. Die einzelnen Anlagenbetreiber erhielten gemäß dem derzeitigen Planungsstand Emissionszertifikate in

Höhe ihrer durchschnittlichen Emissionen von 2000 bis 2002 multipliziert mit einem sogenannten Erfüllungsfaktor. Dieser stellt sicher, dass die Zertifikatmenge, die an die Unternehmen der Sektoren verteilt werden, der insgesamt auf Makroebene bestimmten Emissionsmenge für diese Sektoren entspricht.

Hier kann es nach derzeitigem Stand der Dinge zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den EU-Ländern kommen. Denn: Je höher der Erfüllungsfaktor ist, desto mehr Zertifikate bekommt ein Unternehmen zugeteilt. Unterschiedliche Erfüllungsfaktoren in den EU-Ländern führen dementsprechend zu unterschiedlichen Belastungen vergleichbarer Unternehmen und können die Wettbewerbssituation erheblich beeinflussen. Zwar schreibt die EU-Richtlinie zum Emissionshandel eine Überprüfung der Nationalen Allokationspläne durch die Kommission im Hinblick auf Wettbewerbsverzerrungen vor, jedoch existiert

keine Vorgabe, nach der die Erfüllungsfaktoren auf europäischer Ebene zu harmonisieren wären. Vielmehr sind unter der Prämisse der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten Unterschiede zwischen den Erfüllungsfaktoren vorprogrammiert.

Als Ausweg böte sich hier – zumindest auf längere Sicht – ein Übergang zu einer europaweiten Auktion der Zertifikate an. Wengleich derzeit politisch kaum durchsetzbar und in der EU-Richtlinie daher auch nicht vorgesehen, würde durch eine solche Auktion die potenzielle Ungleichbehandlung von Firmen in verschiedenen Ländern umgangen. Auch die Diskussion um weitere aktuell umstrittene Detailregelungen wie die Behandlung von Firmenstilllegungen und neuen Markteintritten erübrigte sich.

*Prof. Dr. Christoph Böhringer,  
boehring@zew.de*

*Dr. Andreas Lange, lange@zew.de  
Dr. Ulf Moslener, moslener@zew.de*

## Starker Euro schwächt Gewinne deutscher Unternehmen

*Der starke Euro, für den in den vergangenen Wochen kurzfristig bis zu 1,30 US-Dollar gezahlt werden mussten, wirkt sich negativ auf die Gewinnsituation exportorientierter deutscher Unternehmen aus. Insbesondere die Fahrzeugbranche wird nach Ansicht von 278 Finanzanalysten, die das ZEW zu den Auswirkungen der Euro-Stärke befragt hat, hiervon betroffen sein, da sie ihre Vorprodukte zu einem großen Teil im Euroraum beschafft und einen bedeutenden Teil ihrer Produktion im Dollarraum absetzt.*

Doch auch andere Branchen, die hauptsächlich in den Dollarraum exportieren, wie der Maschinenbau und die Chemie-, Stahl- und Elektroindustrie, müssen mittelfristig aufgrund der anhaltenden Euro-Stärke mit großen Ertrags-

einbußen rechnen. Von der Euro-Stärke kaum betroffen sind dagegen Branchen, die überwiegend den Euroraum mit ihren Waren und Dienstleistungen bedienen, also die Versorger, die Baubranche und die Versicherungswirtschaft.

Der Wechselkurs des Euros hat sich von seinen Höchstständen inzwischen zwar etwas entfernt, Grund zum Aufatmen gibt dies exportlastigen Firmen dennoch nicht, denn die vom ZEW befragten Experten prognostizieren auf Sicht der nächsten sechs Monate im Mittel einen Wechselkurs von 1,2350 US-Dollar/Euro. Dieser Kurs bewegt sich damit auf einem Niveau, das die Gewinne deutscher Exporteure beeinträchtigt. Der Grund: Eine längerfristige Absicherung gegen Wechselkursrisiken ist schwierig, weil sich gewöhnlich für solche Kontrak-

te keine Vertragspartner finden lassen. Somit ist eher unwahrscheinlich, dass sich viele Unternehmen zu günstigen Konditionen gegen den derzeitigen hohen Euro-Kurs absichern konnten.

Sollte der Euro-Kurs in Zukunft ein noch deutlich höheres Niveau als zurzeit erreichen, so könnte die Europäische Zentralbank Euros in beliebiger Höhe gegen US-Dollars am Devisenmarkt verkaufen, um einer weiteren Gefährdung der Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure vorzubeugen. Gedankenspielen in dieser Richtung erteilen die befragten Analysten indessen eine klare Absage. Nur 37 Prozent von ihnen sprechen sich für eine EZB-Intervention zu diesem Zwecke aus, im Mittel ab einem Wechselkurs von 1,32 US-Dollar/Euro.

*Volker Kleff, kleff@zew.de*

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Datenbedarf beeinträchtigt Evaluation der aktiven Arbeitsmarktpolitik

*Die aktive Arbeitsmarktpolitik war in den vergangenen Jahrzehnten gemessen an Kosten und Teilnehmerzahl ein wichtiger Bereich der Wirtschaftspolitik, insbesondere in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung. Gleichwohl liegen nur wenige aussagekräftige wissenschaftliche Ergebnisse zu den Wirkungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vor. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Forschung bisher kaum Mikrodaten in ausreichender Qualität zur Verfügung standen. Erste Anstrengungen, der Wissenschaft die administrativen Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) zugänglich zu machen und die Verknüpfung mit anderen Individualdaten zu erlauben, sind nun erfolgt und sollten konsequent weiterverfolgt werden.*



Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (AAMP) können in vier Kategorien zusammengefasst werden: geförderte Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Lohnsubventionen und Maßnahmen zur Verbesserung des Matching-Prozesses beziehungsweise der Mobilität. Lange Zeit schien die Politik ausschließlich daran interessiert zu sein herauszufinden, welcher Anteil der Teilnehmer später in reguläre Beschäftigung gelangt. Zur Wirkungsanalyse arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen reicht dies allerdings nicht aus. Vielmehr muss die kausale Wirkung der Maßnahmen mit geeigneten Methoden geschätzt werden, die die Selektionsverzerrung in nicht-experimentellen Daten berücksichtigen. Dies erfordert auf der Mikroebene einen Vergleich der Teilnehmergruppe mit einer geeigneten Kontrollgruppe.

Frühere Untersuchungen zur Wirkung der AAMP in Deutschland stützen sich

auf Umfragedaten (vergleiche den Überblick im ZEW Discussion Paper No. 02-16). Die geschätzten Beschäftigungseffekte sind zumeist negativ, jedoch hängen die Ergebnisse stark von der angewandten Methode ab. Außerdem sind die Informationen zu den Maßnahmen in diesen Daten wenig detailliert, so dass beispielsweise nur der durchschnittliche Effekt sehr unterschiedlicher Typen von Weiterbildungsmaßnahmen ermittelt werden kann. Um den Erfolg bestimmter Maßnahmen zuverlässig ermitteln zu können, werden daher bessere Daten über die Heterogenität der Maßnahmen und detaillierte Informationen über zeitverändernde Charakteristika benötigt.

Den Kern eines Datensatzes für Evaluationszwecke müssten die administrativen Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) darstellen, die gegebenenfalls durch Umfragen ergänzt werden. Dadurch wird eine ausreichende Fallzahl für eng defi-

nierte Maßnahmen auf einem bestimmten regionalen Arbeitsmarkt verfügbar. Notwendig sind dabei präzise Informationen über den Maßnahmetyp und das Verfahren zur Auswahl der Teilnehmer, individuelle Charakteristika mit Relevanz für den Arbeitsmarkterfolg (einschließlich Arbeitsmarkthistorie) und regionale Arbeitsmarktinformationen. Schließlich werden auch Informationen über die Kosten der Maßnahmen benötigt. Um einen solchen Datensatz aufzubauen, müssen verschiedene Datensätze verknüpft werden.

## Verknüpfung mehrerer Datensätze

In der letzten Zeit hat es interessante Entwicklungen in diese Richtung gegeben. So haben die BA und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) begonnen, vier Datensätze zu einem Evaluationsdatensatz zu verknüpfen: die Beschäftigtenstatistik, die Leistungsempfängerhistorik, die Maßnahme-Teilnehmer-Grunddatei sowie die Bewerberangebotsdatei mit Informationen über sämtliche Arbeitsuchende. Das IAB hat diese Daten teilweise schon für Evaluationszwecke eingesetzt. Um die dringend notwendige Forschung zur Evaluation der AAMP voranzutreiben, sollten diese Daten Wissenschaftlern im Forschungsdatenzentrum der BA zugänglich gemacht werden. Auch die Verknüpfung dieser Daten mit spezifischen Umfrage- oder Experimentaldaten sollte dort ermöglicht werden. Nur auf einer solchen Datenbasis können aussagekräftige Ergebnisse hinsichtlich der Wirkung von Maßnahmen der AAMP erzielt und der Politik Handlungsempfehlungen gegeben werden. Datenschutzrechtliche Probleme dürften sich im Rahmen des Forschungsdatenzentrums unbürokratisch lösen lassen.

*Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D.,  
bfitzenberger@uni-mannheim.de*

# Zeit der Reformen in Deutschland

*Im Rahmen der Vortragsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand sprach am 24. Februar 2004 der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, zum Thema Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Zu dieser Veranstaltung konnte der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, 460 Zuhörerinnen und Zuhörer begrüßen.*

Zu Beginn seines Vortrags konstatierte Clement, dass sich die internationale wirtschaftliche Lage derzeit deutlich aufhelle. Von der erwarteten Zunahme des Welthandels um sieben bis acht Prozent würden auch die EU-Staaten profitieren. Auf Deutschland wirke sich die Verbesserung der internationalen Wirtschaftslage indessen nur schwach aus. Nach drei Jahren der wirtschaftlichen Stagnation rechne die Bundesregierung für 2004 mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 bis zwei Prozent. In trockenen Tüchern sei allerdings auch dies noch nicht, wie etwa die leicht rückläufige Tendenz des ZEW-Konjunkturindikators zeige. Externe Risiken wie das immense Haushaltsdefizit der USA sowie der schwache Dollar bestünden fort. Doch auch ohne die genannten Risiken reiche die Besserung der internationalen Wirtschaftslage nicht aus, um die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland richtig in Schwung zu bringen und einen nennenswerten Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Dazu bedürfe es vielmehr tiefgreifender Reformen im Innern, von denen bereits eine Reihe in Angriff genommen worden seien.

Clement machte deutlich, dass an strukturellen Reformen in Deutschland kein Weg vorbeiführt. Mit vielen Milliarden Euro habe man in der Vergangenheit versucht, die Arbeitslosigkeit zu verringern – vergeblich. Auch die demographischen Probleme habe man nicht sehen wollen, obwohl sie auf der Hand lägen. So habe der Altersdurchschnitt der Elterngeneration der derzeitigen Rentner

noch vier Monate über der Pensionsgrenze gelegen. Heute dagegen würden immer mehr Rentner 80 Jahre und älter, während gleichzeitig viele hoch qualifizierte junge Menschen erst mit 27 Jahren oder mehr in den Beruf einstiegen. Aus diesen Veränderungen ergebe sich Korrekturbedarf. Ziel müsse zum einen sein, das Vertrauen in die Verlässlichkeit der sozialen Systeme wiederherzustellen. Zum anderen benötige der Staat finanzielle Spielräume für Investitionen, um

die weitere Liberalisierung etwa des Telekommunikationssektors sowie des Strom- und Gasmarktes. In den Bildungssektor sowie in Wissenschaft und Forschung müsse stärker investiert werden. Um auch in Zukunft international mithalten zu können, sei es beispielsweise erforderlich, jährlich bis zu zehn Milliarden Euro mehr für Forschung und Entwicklung auszugeben. Nur wenn es gelinge, Deutschland international in



*Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement bei seinem Vortrag am ZEW.*

die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort zu erhalten. Um dies zu erreichen, sei unter anderem erforderlich, den weiteren Anstieg der Lohnnebenkosten zu verhindern. Mit ihren Reformen wolle die Regierung auch dies erreichen. Das zentrale Feld für Reformen sei indessen der Arbeitsmarkt. Hier müsse von einer Arbeitslosenfinanzierung auf eine Arbeitslosenvermittlung umgestellt werden. Ein entsprechender Umbau der BA sei bereits in vollem Gange.

## Mit Deregulierung Standort Deutschland stärken

Als weiteres wichtiges Feld zur Stärkung des Standorts Deutschland nannte Clement die Schaffung von Wettbewerb in möglichst allen Bereichen, Deregulie-

wichtigen Zukunftsfeldern wie Biotechnologie, Nanotechnologie und anderen mehr in der Spitzengruppe zu platzieren, werde das Land auch in Zukunft sein hohes Wohlstandsniveau halten können.

Damit alle diese Reformen gelängen, müssten sich, so Clement, die Bürger wieder an deutlich mehr Eigenverantwortung bei der Daseinsvorsorge gewöhnen. Von Seiten der Unternehmen wiederum sei eine entsprechende Innovations- und Investitionsbereitschaft zur Stärkung des Standorts notwendig. Last but not least sei vor dem Hintergrund der zunehmenden europäischen Integration für das Gelingen der Reformen aber auch eine europäische Geld- und Industriepolitik erforderlich, die den Erfolg des deutschen Reformprozesses stütze.

*Gunter Grittmann, grittmann@zew.de*

## EXPERTENSEMINARE

**Liquiditätsrisiken in Kreditinstituten – Messung, Management und Controlling**

Liquiditätsrisiken bei Kreditinstituten sind im Jahr 2003 aufgrund von hohen Wertberichtigungen und damit verbundenen Rating-Herabstufungen stärker in den Fokus des internen Risikomanagements von Investoren und Rating-Agenturen gerückt. Das Seminar dient dazu, die aktuellen Ansätze zur Messung, Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken zu vermitteln. Ausgangspunkt sind Baseler Empfehlungen aus dem Jahr 2000, die einen Teil der Säule 2 von Basel II, dem aufsichtsrechtlichen Prüfungsverfahren, darstellen. Darauf aufbauend werden die Themen Liquiditätskostenverrechnung, Asset-Backed-Strukturen und gesamtbankweite Asset-Liability-Steuerung behandelt. Zahlreiche Praxisbeispiele tragen dazu bei, den Seminarinhalt anwendungsnah zu vermitteln.

*Datum: 5. - 6. Juli 2004*

*Veranstaltungsort: ZEW Mannheim*

**Seminare im Rahmen des Qualifizierungsprogramms „Ökonometrie“**

- 1. 4. 2004 Zeitvariierende Verfahren
- 19. 4. 2004 Analyse von Paneldaten
- 29./30. 4. 2004 Finanzmarkt-Ökonometrie: Analyse und Prognose von Finanzmärkten
- 11. 5. 2004 Intensiv-Workshop: Finanzmarkt-Ökonometrie
- 13. 5. 2004 Mikroökonomie I: Grundlagen und Evaluationsmethoden

**weitere Seminare**

- 22. 4. 2004 Handlungsoptionen im liberalisierten Elektrizitätsmarkt
- 3. 5. 2004 Kreditderivate und strukturierte Produkte/ Asset Backed Securities
- 5. 5. 2004 Internet-Umfragen: Datenerhebungen im Zeitalter des WWW
- 10. 5. 2004 Verrechnungspreise – Betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Grundlagen (gemeinsam mit Ernst&Young)
- 17. 5. 2004 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung – 1. Workshop in der Kompetenzreihe für den Mittelstand (gemeinsam mit Ernst&Young)
- 24. 5. 2004 Verrechnungspreise – Aktuelle Problemfelder (gemeinsam mit Ernst&Young)
- 5./6. 6. 2004 Liquiditätsrisiken in Kreditinstituten – Messung, Management und Controlling

**ZEW-Expertenseminare in Zusammenarbeit mit der Ernst & Young AG**

*Das ZEW bietet gemeinsam mit der Ernst & Young AG eine Reihe von Seminaren und Workshops an, in denen aktuelle Fragestellungen der Steuern und Rechnungslegung diskutiert werden. Referenten sind Experten aus Beratung und Wissenschaft, die von Praktikern unterstützt werden.*

**Verrechnungspreise**

Konzerninterne Leistungsbeziehungen und eine angemessene Festsetzung von Verrechnungspreisen werden für Management, Rechnungslegung und Besteuerung zunehmend bedeutend. Zusätzlich muss im Fall einer Betriebsprüfung nachgewiesen werden, dass alles getan wurde, um ein angemessenes Ergebnis zu ermöglichen.

Das Seminar „Verrechnungspreise – Betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Grundlagen“ am 10. Mai 2004 vermittelt die betriebswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Grundlagen der Ver-

rechnungspreisbildung, leicht verständlich und anhand von vielen Beispielen.

Im Seminar „Verrechnungspreise – Aktuelle Problemfelder“ am 24. Mai 2004 stehen die neueren Rechtsentwicklungen im Vordergrund. Dabei werden die Fragestellungen aus Sicht der Unternehmen und aus Sicht der Finanzverwaltung eingehend beleuchtet. Des Weiteren werden die Problemfelder Kostenumlagen und Lizenzen sowie Verlustgesellschaften praxisnah diskutiert.

*Datum: 10. Mai 2004 / 24. Mai 2004*

*Veranstaltungsort: ZEW Mannheim*

**Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung – Kompetenzreihe Mittelstand**

Ab dem Jahr 2005 gelten die International Accounting Standards und die International Financial Reporting Standards (IAS/IFRS) für den Konzernabschluss jedes börsennotierten Unternehmens. Doch auch nicht börsennotierte Unter-

nehmen sind von den neuen Regelungen betroffen. So sehen etwa Institutionen wie der deutsche Standardisierungsrat und der Arbeitskreis Externe Rechnungslegung der Schmalenbach-Gesellschaft in der Bilanzierung nach IFRS die anzustrebende langfristige Lösung.

Für den Mittelstand bieten das ZEW und die Ernst & Young AG eine vierteilige Workshopreihe an, in der die wichtigsten Aspekte der internationalen Rechnungslegung diskutiert werden. Der erste Workshop am 17. Mai 2004 hat die Erstellung eines IFRS Projektplanes, die Behandlung immaterieller Wirtschaftsgüter und die Segmentberichterstattung zum Thema. Im zweiten Workshop am 1. Juli 2004 stehen die Gestaltungsalternativen bei der Ausgliederung von Pensionsrückstellungen im Vordergrund.

*Datum: 17. Mai 2004 / 1. Juli 2004*

*Veranstaltungsort: ZEW Mannheim*

*Ansprechpartnerinnen:*

*Catherina Frey, frey@zew.de*

*Anne Grubb, grubb@zew.de*

## ZEW INTERN

## Matthias Meitner erhält Unterstützung von PriceWaterhouseCoopers

PriceWaterhouseCoopers hat das Discussion-Paper „Option-Style Multi-Factor Comparable Company Valuation for Practical Use“ von Matthias Meitner, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte, Finanzmanagement und Makroökonomie, in die GCC Research Excellence Series aufgenommen. Das Paper (ZEW Discussion Paper No. 03-76) beschreibt ein praktisch anwendbares kapitalmarktorientiertes Bewertungsmodell. Mit Hilfe dieses Modells kann der Marktwert eines Unternehmens auf Basis der Marktwerte vergleichbarer Unternehmen bestimmt werden.

In der Forschungsreihe werden ausgewählte praxisorientierte, wissenschaft-



liche Beiträge zur Unternehmens- und Aktienbewertung veröffentlicht. Mit der Aufnahme in diese Forschungsreihe ist eine finanzielle Unterstützung von 3.000 Euro verbunden.

## ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 04-11, Bönte, Werner; Keilbach, Max: Concubinage or Marriage? Informal and Formal Cooperations for Innovation.  
No. 04-12, Arnold, Jens Matthias; Husinger, Katrin: Export Behavior and Firm Productivity in German Manufacturing – A Firm-Level Analysis.

No. 04-13, Pfeiffer, Friedhelm: Ausmaß und Konsequenzen von Lohnrigiditäten.  
No. 04-15, Böhringer, Christoph; Lange, Andreas: Mission Impossible!? On the Harmonization of National Allocation Plans under the EU Emissions Trading Directive.

No. 04-16, Tykvová, Tereza: Who Are the True Venture Capitalists in Germany?

No. 04-17, Entorf, Horst; Minoiu, Nicoleta: What a Difference Immigration Law Makes: PISA Results, Migration Background and Social Mobility in Europe and Traditional Countries of Immigration.

No. 04-18, Büttner, Thiess; Schwager, Robert; Stegarescu, Dan: Agglomeration, Population Size, and the Cost of Providing Public Services: An Empirical Analysis for German States.

No. 04-19, Lüders, Erik; Schröder, Michael: Modeling Asset Returns: A Comparison of Theoretical and Empirical Models.

No. 04-20, Boeters, Stefan; Feil, Michael; Gürtzgen, Nicole: Discrete Working Time Choice in an Applied General Equilibrium Model.

No. 04-21, Elberfeld, Walter: The Subtraction Rule and its Effects on Pricing in the Electricity Industry.

No. 04-23, Fitzenberger, Bernd; Speckesser, Stefan: Eine ökonomische Einordnung der Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rahmen der Aktiven Arbeitsmarktpolitik.

No. 04-24, Fitzenberger, Bernd; Wilke, Ralf A.: Unemployment Durations in West-Germany Before and After the Reform of the Unemployment Compensation System during the 1980s.

No. 04-25, Elberfeld, Walter; von Weizsäcker, Carl Christian: Ist der Subtraktionstest ein geeignetes Verfahren zur Ermittlung missbräuchlich überhöhter Netznutzungsentgelte?

## ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Bernd Fitzenberger, Werner Smolny, Peter Winker

### Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland

Die vielfältigen Probleme des Wirtschaftsstandorts Deutschland sind nicht mit einfachen Rezepten zu lösen. Adäquates wirtschaftliches Handeln muss auf wissenschaftlich fundierte Forschungsergebnisse zurückgreifen können. In diesem Band zeigen Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler, die auf unterschiedliche Gebiete spezialisiert sind, aus ihrer jeweiligen Sicht Ansatzpunkte für Wirtschaftsreformen.

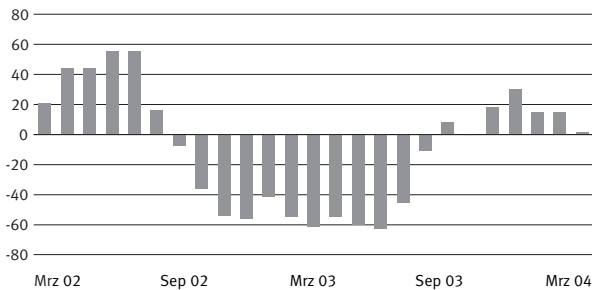
Die Beiträge beantworten etwa Fragen, was man aus dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg für den Aufholprozess in den neuen Bundesländern hätte lernen können, wodurch Investitionen und Innovationen als Triebfedern des Wachstums bestimmt werden, ob die Löhne zu inflexibel sind, oder warum der Mangel an weiblichen Vorgesetzten einen Nachteil für die deutsche Wirtschaft darstellt. Außerdem geht es um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer angesichts des zunehmenden Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien, die Evaluierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die Dividenden der ökologischen Steuerreform und die Integration der internationalen Finanzmärkte. Die Autoren haben ihre Erkenntnisse größtenteils durch empirische Untersuchungen gewonnen. Die vermittelten Einsichten können für die Debatte über den Wirtschaftsstandort Deutschland von großem Wert sein, auch wenn nicht in jedem Fall unmittelbare wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen abgeleitet werden können.

Die Auswahl der Themen macht das Buch lesenswert sowohl für ein ökonomisches und wirtschaftspolitisches Fachpublikum als auch für Leser, die sich aus allgemeinem politischem Interesse mit dem Standort Deutschland beschäftigen.

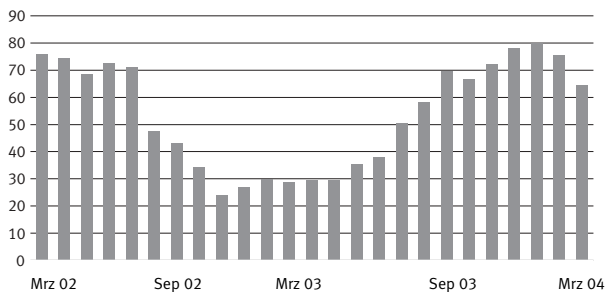
*ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 72, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2004, ISBN 3-8329-0693-2*

**DATEN UND FAKTEN**

**ZEW-Finanzmarkttest im März**



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Geldmarktsituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

**Madrid beeinflusst Zinserwartungen nicht**

In den kommenden sechs Monaten rechnen weiterhin 73,0 Prozent der Befragten mit konstanten EZB-Leitzinsen. Die Minderheitsmeinungen steigender (14,5 Prozent) und fallender Zinsen (12,5 Prozent) haben nun ein annähernd gleiches Gewicht. Im Vormonat betrug dieses Verhältnis noch 20,6 zu 5,5 Prozent zu Gunsten steigender Zinsen. Die getrennte Auswertung vor und nach den Anschlägen von Madrid legt nahe, dass nicht die Anschläge, sondern in erster Linie die gewachsene Konjunkturskepsis die Wahrscheinlichkeit einer Zinserhöhung verringert hat.

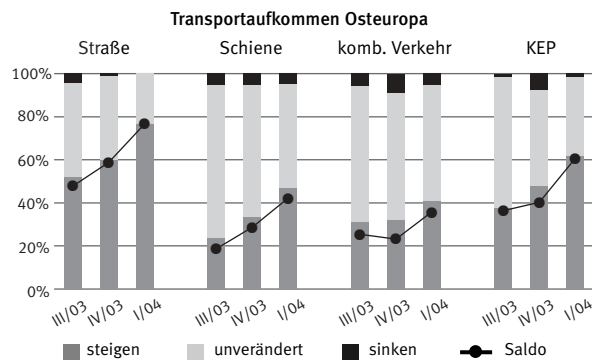
*Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de*

**Konjunkturerwartungen im Euroraum schlechter**

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im März deutlich verschlechtert. Der Saldo der Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten fällt von 75,6 auf 64,3 Punkte. Der Grund liegt weniger an den Bombenanschlägen in Madrid, sondern dürfte im Zusammenhang stehen mit den jüngsten US-Arbeitsmarktzahlen, die Zweifel an der Nachhaltigkeit des Konjunkturaufschwungs in den USA aufkommen lassen. Dementsprechend könnte auch die Konjunktur im Euroraum in Mitleidenschaft gezogen werden.

*Volker Kleff, kleff@zew.de*

**Experten beim Verkehrsaufkommen in Osteuropa optimistisch**

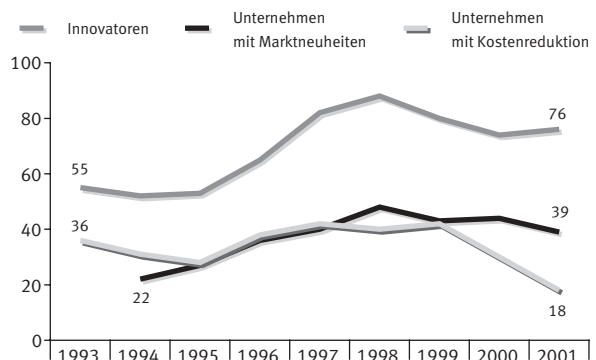


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ ZEW sehen für das kommende halbe Jahr im osteuropäischen Güterverkehr Wachstumschancen. So sind die Erwartungen steigender Aufkommen auf der Straße im ersten Quartal 2004 um 17 Prozent gestiegen, auf der Schiene um 13 Prozent, in deren Kombination um 9 Prozent und im Kurier-, Express- und Paketdienst um 14 Prozent. Für Deutschland und Westeuropa rechnen weniger Experten mit steigenden Aufkommen. Der Saldo aus steigenden und sinkenden Erwartungen ist bis auf den Straßenfernverkehr überall gesunken.

*Georg Bühler, buehler@zew.de*

**Elektroindustrie: Anteil der Unternehmen mit Innovationen ist 2001 leicht gestiegen**



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Befragung 2002

In der deutschen Elektroindustrie ist der Innovatorenanteil im Jahr 2001 auf 76 Prozent gestiegen (2000: 74 Prozent). Zurückgegangen ist dagegen der Anteil der Unternehmen mit Marktneuheiten. Etwa 39 Prozent der Unternehmen in der Elektroindustrie boten marktneue Produkte an, nach fast 44 Prozent im Jahr 2000. Nahezu halbiert hat sich der Anteil der Unternehmen mit Prozessinnovationen, die zu Kosteneinsparungen führten. Der Anteil ging zum zweiten Mal in Folge um etwa 12 Prozentpunkte zurück und liegt damit im Jahr 2001 bei nur noch 18 Prozent.

*Tobias Schmidt, schmidt@zew.de*

## STANDPUNKT



## Kündigungsschutz

Der Kündigungsschutz befindet sich hierzulande nach wie vor in der wirtschaftspolitischen Diskussion, und das ist auch notwendig. Zwar hat die Bundesregierung anerkannter Weise einen zaghaften Anlauf zur Flexibilisierung unternommen, aber von dem erforderlichen großen Wurf kann dabei nun wirklich nicht die Rede sein. Ähnliches gilt für die jüngsten Vorschläge der CDU/CSU, denen prinzipiell richtige Erkenntnisse zugrunde liegen, die aber auf Grund des erbitterten Widerstands – wohlgerichtet: aus den eigenen Reihen, nicht nur von den üblichen Verdächtigen – allzu harmlos daher kommen, als dass sie eine durchgreifende Reform genannt werden könnten. Was die parteiinterne Auseinandersetzung über konkrete Reformschritte anbelangt, so ähneln sich die beiden großen Volksparteien doch mehr als oftmals vermutet.

Die Problematik des geltenden Kündigungsrechts dürfte hinlänglich bekannt sein, so dass Stichworte genügen. Sie besteht nicht in erster Linie darin, dass in Deutschland niemand entlassen werden könnte. Woher kämen denn sonst die jährlichen rund 3,5 Millionen Zugänge in die Arbeitslosigkeit aus einem Beschäftigungsverhältnis? Das wirkliche Problem liegt vielmehr in den hohen Kosten von Entlassungen in Form von Abfindungszahlungen. Der Kündigungsschutz nimmt hierzulande die Züge eines Abfindungsschachers an, weil Unternehmen sich angesichts skurriler Arbeitsgerichtsurteile und der weit über die Normzwecke des Gesetzgebers hinausgehenden Fortentwicklung des Kündigungsschutzrechts durch die Arbeitsgerichtsbarkeit von gerichtlichen Auseinandersetzungen lieber freikaufen und Abfindungen selbst an Arbeitnehmer zahlen, die darauf keinen Anspruch besitzen.

Mit anderen Worten: Der Kündigungsschutz hierzulande erhöht die Arbeitskosten ähnlich wie andere Personalzusatzkosten. Es ist eine Illusion anzunehmen, ein Kündigungsschutz sei für die Arbeitnehmer zum Nulltarif zu erhalten. Sie bezahlen dafür – entweder in Form von entgangenem Einkommen

(die im Vergleich zur privaten Wirtschaft niedrigeren Entgelterhöhungen für Beamte werden regelmäßig mit der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze gerechtfertigt) oder in Form von Arbeitsplatzverlusten. So gesehen stellt der herrschende Kündigungsschutz eine Bevormundung der Arbeitnehmer und Unternehmen dar, derer es genau genommen nicht bedarf, von Ausnahmen wie Willkürverboten bei Kündigungen abgesehen. Auf jeden Fall stehen in einer freiheitlichen Gesellschaft die Gegner einer Reform unter Begründungszwang, nicht etwa deren Befürworter, die auf mehr freiwillige Lösungen setzen.

Reformvorschläge zum Kündigungsrecht liegen auf dem Tisch, das Rad braucht nicht neu erfunden zu werden. So haben unlängst der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie in diesen Tagen der Kronberger Kreis der Stiftung Marktwirtschaft ausgearbeitete Alternativen zum derzeitigen Recht vorgelegt, die in wichtigen Aspekten übereinstimmen. Der Grundgedanke lautet, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber im gegenseitigen Einvernehmen einen – allerdings reformierten – gesetzlichen Kündigungsschutz abbedingen und sich stattdessen über Abfindungszahlungen oder eine Erhöhung der laufend gezahlten Arbeitsentgelte verständigen können. Damit wird erstens den Präferenzen der Arbeitnehmer Rechnung getragen: Wer ihn möchte, erhält den gesetzlichen Kündigungsschutz; wer stattdessen lieber eine höhere Entlohnung wünscht, bekommt diese, sofern der Arbeitgeber zustimmt. Zweitens können Arbeitgeber, wenn sie wollen, mit arbeitnehmerfreundlichen Kündigungsregeln werbewirksam auf sich aufmerksam machen und qualifizierte Arbeitskräfte attrahieren. Nicht zuletzt wegen des fehlenden Arbeitsplatzrisikos erscheint vielen Arbeitnehmern der öffentliche Dienst so anziehend.

Eine durchgreifende Reform des Kündigungsrechts gehört immer noch zu den unerledigten Aufgaben.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de)

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [voss@zew.de](mailto:voss@zew.de)

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004